



04.03.2026 – 11:01 Uhr

Japan versetzt Religionsfreiheit historischen Schlag

Wien (ots) -

Familienföderation ohne strafrechtliche Verurteilung aufgelöst

[In einer überraschenden Entscheidung hat der Oberste Gerichtshof von Tokio](#) heute die Regierungsanordnung zur Auflösung der [Familienföderation für Weltfrieden und Vereinigung Japan \(FFWPU\)](#) bestätigt. Damit verliert die Religionsgemeinschaft mit sofortiger Wirkung ihren Rechtsstatus; die Liquidation ihres Vermögens kann nun eingeleitet werden.

Dies markiert einen Präzedenzfall in Japans Nachkriegsgeschichte: Erstmals wird eine große religiöse Organisation als juristische Person ausgelöscht, ohne dass eine einzige strafrechtliche Verurteilung gegen die Organisation selbst vorliegt.

Institutioneller Tod ohne Beweis einer Straftat. [Das Gericht stellte keine strafrechtliche Schuld fest.](#) Die Auflösung basiert stattdessen auf Vorwürfen einer Beeinträchtigung des „öffentlichen Wohls“ und Verstößen gegen vage „soziale Normen“. [Kritiker sehen darin eine gefährliche Aufweichung rechtsstaatlicher Standards](#), da eine Glaubensgemeinschaft nun allein auf Basis zivilrechtlicher Forderungen demontiert werden kann.

Politischer Druck nach Abe-Attentat. Die Entwicklung folgt auf das Attentat auf Ex-Premierminister Shinzo Abe im Jahr 2022. Der Täter wurde zu lebenslanger Haft verurteilt. [Die Staatsanwaltschaft sagte:](#) „Die Familienföderation Japan (früher Vereinigungskirche Japan) habe nur einen geringen Einfluss auf die Lebensgeschichte des Angeklagten gehabt und bezeichnete das Attentat als außergewöhnlich und böseartig.“ Investigative Journalisten wie Masumi Fukuda kritisieren, dass das Verfahren eher durch öffentlichen Druck als durch rechtsstaatliche Notwendigkeit vorangetrieben wurde.

Präsident Masaichi Hori (FFWPU Japan) erklärte: „Wir haben als Religionsgemeinschaft keine Straftat begangen. Wir bedauern diese extreme Entscheidung des Gerichts zutiefst.“

Menschliche Folgen der Auflösung. Hinter den juristischen Akten stehen zehntausende Bürger. Die Folgen sind gravierend:

- Staatliche Beschlagnahmung von Kirchengebäuden und Konten.
- Schließung von Andachtsräumen und Friedhöfen.
- Ende kirchlich finanzierter humanitärer Projekte.
- Zunehmende soziale Ächtung und Diskriminierung der Mitglieder.

Ein Alarmzeichen für Demokratien. Wenn religiöse Minderheiten ohne kriminellen Befund aufgelöst werden können, gefährdet dies die Grundpfeiler der Religionsfreiheit (Art. 18 IPBPR). Die Welt blickt nun auf Japan: Wird der Schutz von Minderheiten gewahrt, oder beginnt hier eine Erosion demokratischer Rechte?

Kontakt: Medienkoordinator [Familienföderation für Weltfrieden Schweiz](#):

Rosa Maria Leggio-Heinrich leggioheinrich@gmail.com +41 77 401 98 68

[Familienföderation für Weltfrieden und Vereinigung e.V. Deutschland](#)

Robert Bentele, Tel. +4917622731831, E-Mail: fam.bentele@gmail.com

Pressekontakt:

Familienföderation für Weltfrieden Österreich
Johann Brunnbauer
Telefon: 066473579171
E-Mail: hansbrunnbauer@gmail.com

Diese Meldung kann unter <https://www.presseportal.ch/de/pm/100101722/100938778> abgerufen werden.